



Antrag	Datum	Nummer
Öffentlich	02.06.2014	3392/14
Absender		
Fraktion Piratenpartei Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat		
Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat	15.07.2014	
Verwaltungsausschuss	08.07.2014	
Finanz- und Personalausschuss	03.07.2014	
Betreff / Beschlussvorschlag		
Anteile an den Harzwasserwerken		

Trinkwasser ist ein öffentliches Gut, welches nicht spekulativen Absichten dienen darf. Trinkwasser gehört daher dauerhaft in öffentliche Hand. Es beabsichtigen jedoch einige Anteilseigner ihre Anteile an den Harzwasserwerken zu verkaufen.

Deshalb möge der Rat beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

- sich, in Abstimmung mit allen kommunalen Anteilseignern der Harzwasserwerke, dem Land gegenüber dafür einzusetzen, dass die Kosten für die Pflege und Instandhaltung des UNESCO-Weltkulturerbe-Teils „Oberharzer Wasserregal“ sowie die Kosten für den Betrieb und die Instandhaltung der Talsperren, soweit sie dem Hochwasserschutz dienen, nicht länger Bestandteil der laufenden Kosten der Wassergewinnung sind, sondern durch das Land getragen werden.
- dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt Braunschweig bzw. ihre Gesellschaften ihre Anteile an den Harzwasserwerken dauerhaft halten.
- gegenüber seinen Amtskollegen der Kommunen, die ihre Anteile an den Harzwasserwerken verkaufen wollen, darauf zu dringen, die Anteile ebenfalls zu halten.

- im Falle, dass weiterhin einige kommunale Gesellschaften ihre Anteile an den Harzwasserwerken verkaufen wollen,
 - dem Land gegenüber darauf zu dringen, dass es entweder den Verkauf nicht genehmigt oder von seinem vertraglich geregelten Vorkaufsrecht Gebrauch macht.
 - im Gespräch mit den anderen (Ober-)BürgermeisterInnen der Kommunen, die Ihre Anteile weiterhin halten wollen, anzuregen, gemeinsam die Anteile an den Harzwasserwerken zu erhöhen.

Begründung:

Es bestehen offenbar Verkaufsabsichten einiger Anteilseigner. Da obiger Antrag wortgleich im Rat der Stadt Göttingen interfraktionell eingebracht und einstimmig angenommen wurde, erscheint ein gemeinsames Vorgehen der niedersächsischen Städte aussichtsreich. Braunschweig sollte sich im Sinne einer sicheren und von der Bevölkerung kontrollierten Wasserversorgung an einem solchen Vorgehen beteiligen.

Jens-W. Schicke-Uffmann
Fraktionsvorsitzender